

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1846**

70 (25.6.1846)

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 18 kr für Baden.

# Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 70 u. 71.] Verhandlungen der badischen Stände im Jahre 1846.

[25. Juni.]

Herausgegeben von dem Abgeordneten Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Zweiundzwanzigste öffentliche Sitzung der II. Kammer.

(Fortsetzung.)

Der Bericht führt dann aus, daß die Aufnahme einzelner Vorschläge in die Adresse, da sie von der vorigen Kammer abgelehnt wurde, diesmal nicht beantragt werde. Die Commission schlägt daher vor, dem Antrage des Abg. Jungmanns I. Ihre Zustimmung zu geben.

Der Bericht fährt dann weiter fort:

Meine Herren! So lange ein Antrag auf zeitgemäße Verbesserung bestehender Einrichtungen oder Zustände gegen mächtige und allgemein verbreitete Vorurtheile zu kämpfen hat, so lange ihm Gründe auf Gründe entgegen gestellt werden, ist es unerlässlich, die vorhandenen Lücken und Mängel, so wie die Vortheile des Antrags hervorzuheben, von allen Seiten zu beleuchten, die Gründe mit Gründen zu schlagen. In dieser Lage befanden wir uns noch vor zwei Jahren mit dem Antrage auf Einführung einer Kapitalsteuer. Der damalige Begründer der Motion, der Abg. Basser mann, so wie der Berichterstatter, welchem heute wieder die Ehre zu Theil geworden, über den nämlichen Gegenstand vorzutragen, mußten sich ausführlicher über denselben verbreiten, da frühere Kammern den Antrag verworfen oder auch durch den Uebergang zur Tagesordnung beseitigt hatten. Sie mußten hinweisen auf die Entstehungsgeschichte und die Principien des gegenwärtigen Steuersystems, wonach jedes reine Einkommen besteuert werden soll, auf die Verfassung (§. 8), nach welcher alle Badener ohne Unterschied zu allen öffentlichen Lasten beitragen sollen. Sie mußten nachweisen, daß wirklich jedes Einkommen besteuert ist, mit Ausnahme der Zinsrente, deren Freilassung sonach als eine Lücke in dem Abgabensystem und als ein Widerspruch gegen eine ausdrückliche Bestimmung der Verfassung erscheint. Sie mußten die Kapitalsteuer in Schutz nehmen gegen den Vorwurf der Ungerechtigkeit wegen doppelter Besteuerung, der Unzweckmäßigkeit wegen besorgter Ueberwälzung auf den Schuldner durch Erhöhung des Zinsfußes, Auswanderens der Kapitalisten, Härte gegen die Besitzer mäßiger Kapi-

talien, deren Ertrag ihre einzige Nahrungsquelle ist, — sogar gegen die behauptete Unausführbarkeit, weil manche Kapitalien verheimlicht werden könnten.

Ist es dagegen einmal gelungen, einem Antrage nach gründlicher, wiederholter Erörterung die öffentliche Meinung zu gewinnen, was sich künstlich nicht machen läßt, wenn er nicht innere Wahrheit für sich hat; — hat er ferner in einer Versammlung gesiegt, welche zunächst über sein Schicksal zu entscheiden hat, — dann, meine Herren! wird er unwiderstehlich weiter getragen, um so rascher, je zeitgemäßer seine Verwirklichung sich darstellt. Alsdann ist auch eine ausführliche Begründung nicht mehr nöthig, ja sie könnte, als ermüdende Wiederholung schon oft gehörter Dinge, schädlich werden. Es genügt, ihn zu wiederholen und mit kurzer Anführung der für die baldige Verwirklichung sprechenden Verhältnisse anzudeuten, wie die Gegengründe schwach und immer schwächer werden. Dieser Gedanke scheint dem Begründer der vorliegenden Motion vorgeschwebt zu haben. Er hat insbesondere dem Commissionsbericht der hohen ersten Kammer seine Aufmerksamkeit zugewendet, welcher zwar nicht bestrittet, daß die Kapitalsteuer gerecht und zeitgemäß, wohl aber, daß sie zweckmäßig sei. In der Motionsbegründung, wie in den früheren Kammerverhandlungen aber liegt dargethan, daß die in jenem Berichte niedergelegte Ansicht hauptsächlich auf der irrigen Voraussetzung beruhte, daß auch die im Lande angelegten Kapitalien auswärtiger Besitzer besteuert werden sollten. Die Steuer, welche wir vorschlagen, ist aber eine Einkommensteuer, welcher der Ausländer eben so wenig unterliegt, als z. B. der in Paris wohnende Maler für ein Gemälde, das er nach Karlsruhe liefert, die Klassensteuer entrichtet. Von dem Gemälde wird der Zoll, für die Geschäfte der badischen Justiz oder Verwaltung für den fremden Kapitalisten werden die gesetzlichen Gebühren bezahlt. Aber abgesehen davon, würden schon volkswirtschaftliche Gründe gebieten, ausländische Kapitalien frei zu lassen. In dem Berichte der ersten Kammer ist endlich unser Steuersystem als höchst mangelhaft angegriffen, gleichsam als unverbesserlich und einer Radikalreform bedürftig. Hier-

über haben wir uns schon im Eingange dieses Berichtes ausgesprochen, und wenn wir je hoffen dürfen, daß Gründe, welche in dieser Kammer liegen, in der andern Anklang finden, so ist es hier der Fall, wo wir dem allmäligen, gemäßigten Fortschritte gegen eine radikale Umwälzung das Wort reden.

Wir sind daher unbesorgt über das Schicksal unseres Antrags in der hohen ersten Kammer, namentlich wenn derselbe einer sorgfältigen Berathung, nicht allein in der Kommission, gewürdigt wird. Insbesondere dürfte zu einem günstigen Erfolge beitragen, wenn die große Mehrheit dieser Versammlung sich mit dem Antrage einverstanden erklärt. Ihre Commission hofft dies, da der Nebenpunkt, welcher vor zwei Jahren die Mehrheit auf zwei Stimmen zurückführte, jetzt nicht mehr im Wege steht.

Durch den Beschluß, um Einführung einer Kapitalsteuer zu bitten, wird die Kammer zugleich, so weit es in ihrer Macht steht, den Wünschen entsprechen, welche bis jetzt in nachstehenden Petitionen an dieselbe gelangt sind.

1. Von den Bürgermeistern Namens der Gemeinden Malsch, Malschenberg, Rothenberg, Rauenberg, Mühlhausen, Dielheim, Horrenberg, Eschelbach, Michelfeld, Eichersheim, Thairnbach und Rettigheim (Bezirksamts Wiesloch). Diese Landleute fürchten keine Erhöhung des Zinsfußes, da das Beispiel von Württemberg ihnen in der Nähe zeigt, wie die Kapitalsteuer auf den Schuldner nicht übergewälzt wird. Sie halten es für sehr unbillig, daß der Kapitalist frei bleibe, während der verschuldete Bauer den Acker versteuert; der Einwand der doppelten Besteuerung ist ihrem gesunden Menschenverstand zu fein.

2. Von dem Gemeinderath und vielen Bürgern (167 Unterschriften) aus Sinsheim, welche bedauern, daß die Motion des Abg. Vassermann bis jetzt ohne Erfolg geblieben, und die Kammer bitten, die Berathung des Gegenstandes in der hohen ersten Kammer nochmals zu veranlassen, indem der sinkende Wohlstand auf dem Lande die Nothwendigkeit immer dringender zeige, die Besizer von großem, schuldenfreien Vermögen am meisten zur Tragung der Staats- und Gemeindelasten beizuziehen.

3. Von vielen Bürgern aus Hoffenheim und Zuzenhäusen (146 Unterschriften) ähnlichen Inhalts.

4. Von den Gemeinderäthen zu Großsachsen, Hohensachsen, Lügelsachsen und Leutershausen, Amts Weinheim, welche eine Capitalsteuer durch die Gerechtigkeit und den § 8 der Verfassungsurkunde geboten erachten.

5. Von 16 Bürgern und Wahlmännern des Amtsbezirks Borberg, welche, unter Bezugnahme auf die

Motionen der Abgeordneten Jungmanns I. und Vassermann, um Einführung der Kapitalsteuer zum Zweck der Verminderung der Grund- und Gewerbesteuer bitten.

6. Von 241 Bürgern der Stadt Mosbach, welche unter anderem auf den schreienden Gegensatz zwischen dem steuerfreien Kapitalisten und dem Odenwälder aufmerksamer machen, welcher neben den Zinsen für den Pfandgläubiger, neben der Grundsteuer und den Gemeindeforderungen auch noch alte, aus dem Lehenwesen herkommende Abgaben entrichten muß. Sie erwarten von der Kapitalsteuer für den Odenwald auch noch den Erfolg, daß die Kapitalisten, welche jetzt keinen Unternehmungsgeist haben und den Gewerbsmann in keiner Weise unterstützen, wenn sie einmal genöthigt sein werden, zu den öffentlichen Lasten beizutragen, sich auch mehr um die öffentlichen Zustände bekümmern, und dadurch Gelegenheit erhalten werden, das gar oft unter hartem, kaltem Metall verhärtete und erkaltete Gefühl für das Wohl oder Wehe der Mitbürger zu erwärmen und empfänglicher zu machen.

Auf dem vorigen Landtage war eine ähnliche Petition aus der Stadt Mosbach mit 123 Unterschriften eingekommen; ihre Zahl hat sich nahezu verdoppelt. In gleichem Verhältnis hat überall die Zahl Derjenigen zugenommen, welche die Besteuerung des Einkommens aus Zinsen als gerecht und nothwendig erkennen. Es wäre leicht, den Beweis durch Petitionen zu liefern; allein dessen bedarf die badische zweite Kammer nicht, um die Bitte auf Einführung der Kapitalsteuer zu wiederholen.

Nach eröffneter Diskussion spricht:

Weller. Sowohl die Motion als der Bericht begnügen sich damit, auf Einführung einer Kapitalsteuer anzutragen; sie finden darin eine gerechte Ausgleichung unseres Steuersystems, da die Kapitalien der noch unbesteuerte Vermögenstheil der badischen Bürger seien. Es wird die gleichzeitige Aufhebung einer andern für ungerecht erkannten Steuer nicht verlangt, wie solches auf dem vorigen Landtage der Fall war und eben so wenig in der Motion gesagt oder darauf hingedeutet, wie hoch die Kapitaliensteuer sein soll; vielmehr soll Beides der Regierung und dem künftigen Landtage überlassen bleiben. Hierin liegt ein Vertrauensvotum, das zu weit geht. Wir haben in Beziehung auf solche Vertrauensvota schon zu unglückliche Erfahrungen gemacht, namentlich liegt das Beispiel des Friedrichsfelder Vertrags noch zu nah, als daß wir dem Lande übel nehmen könnten, wenn es uns ein solches Vertrauen schlimm auslegte; das Land wird sagen; Ihr seid da, um die Wünsche des Volkes auszusprechen und dahin zu wirken, daß sie zu Gesetzen erhoben werden

thut solches zu rechter Zeit und überlastet es nicht einer ungewissen Zukunft, von der man nicht wissen kann, was für Regierungen und Kammern sie uns bringen wird. Die Erwartungen des Landes werden in keinem Fall befriedigt werden, wenn wir bloß die Einführung einer Kapitalsteuer in Antrag bringen, das Land erwartet, daß mit Einführung einer solchen Steuer eine andere ungerechte Last abgeschafft und die Kapitalsteuer selbst nicht zu hoch gegriffen werde. Die Kapitalisten werden umgekehrt sagen, sie sei unnöthig und das Land nach dreißig Friedensjahren berechtigt zu erwarten, daß die Staatsausgaben mit den Mitteln bestritten werden, die das bisherige Steuersystem bietet; die Zunahme der Bevölkerung und der Gewerbe gebe ohnehin eine ordnungsmäßige Vermehrung des Steuerertrags, vermittelt welcher neue Ausgaben gedeckt werden können, ohne daß man deshalb neue Steuern einzuführen brauche. Sie werden ferner sagen, die gegenwärtige Besteuerung des Landes sei vor mehr als 30 Jahren in den Kriegszeiten eingeführt worden und damals habe man gesagt, sie solle in einer solchen Höhe nur für die Dauer des Krieges bestehen, während jetzt, nach 30 Friedensjahren, durch Einführung einer neuen Steuer die Last noch vermehrt werden soll. Es sei Pflicht der Stände, darüber zu wachen, daß die Staatsausgaben die vorhandenen Einnahmen nicht übersteigen. Der Arme dagegen erwartet durch die Einführung einer Kapitalsteuer eine Erleichterung seiner eigenen bisherigen Last; allein diese Erleichterung tritt nicht dadurch ein, wenn wir mit der Commission eine gleichförmige Besteuerung alles Kapitalvermögens einführen. Die Erleichterung des Armen wird nur dann erzielt, wenn wir mit dieser neuen Steuer gleichzeitig eine andere aufheben, die ihn am meisten drückt, und wir haben ja dieser Steuern so viele! Wir haben den Liegenschaftsaccis, dessen Ungerechtigkeit die Kammer schon oft anerkannte, und der bei der jetzigen großen Güterzerstückelung, bei den vielen Verganungen und Zwangsveräußerungen gerade auf die ärmsten Klassen am meisten drückt, indem der Arme noch etwas über den Erlös für sein Grundstück erhalten würde, wenn nicht der Liegenschaftsaccis den Kaufpreis noch mehr herabdrückte. Wir haben ferner den Fleischaccis, den Bieraccis — und das Bier ist bei uns ein nothwendiges Lebensmittel geworden — und noch viele andere Steuern, deren ich nicht erwähnen will. Der Antrag der Commission täuscht jedoch die Hoffnung beider Klassen, der Reichen und der Armen. Er täuscht die Hoffnungen der Reichen, daß die bisherige Steuerlast an sich nicht werde erhöht werden, und die der Armen, daß ihnen vorzugsweise durch die Besteuerung

der Reichen eine Verminderung ihrer Steuerlast zugehe. Durch solche Täuschungen werden wir von keiner Seite Dank einärnten, wohl aber von beiden Seiten Unwillen gegen uns erregen. Die alten Steuern, sollten sie auch ungerecht sein, sind einer neuen Steuer, wenn sie auch auf einem gerechten Princip beruht, am Anfang wenigstens, immer vorzuziehen, weil sie weniger drücken.

Für die alten Steuern spricht vor Allem die Gewohnheit, denn wer über die Größe der Grundsteuer und über den Liegenschaftsaccis klagt, dem kann man wenigstens entgegenhalten: als du dein Grundstück erwarbst, wußtest du, daß diese Last darauf ruht, und weil es so hoch besteuert ist, hast du es auch wohlfeiler gekauft, du hast also keinen gerechten Anspruch auf Verminderung der Steuerlast. Die alten Steuern haben schon das für sich, daß ihre Last bereits ausgeglichen ist. Nicht Derjenige, der sie gerade an einem gewissen Tage vorschickt, sondern der Consument bezahlt sie, wie denn namentlich auch die Fleisch- und Bieraccise in der Weise ausgeglichen sind, daß sich der Producent, wenn auch nicht ganz, doch größtentheils bei dem Consumenten wieder entschädigt. Bei einer neuen Steuer ist dieß aber nicht so. Eine solche bedarf mehrerer Jahre bis sie ausgeglichen und ihre Last weniger schwer ist. Eine neue Steuer würden die Producenten entweder gleich im vollen Maße oder im Uebermaße auf die Preise der damit belasteten Artikel schlagen, oder wenn dieß nicht der Fall ist, so wird Derjenige, der die Steuer vorschicken muß, klagen, daß er besonders damit beschwert sei. Ich glaube deshalb, daß wenn wir mit der Einführung einer neuen Steuer nicht einerseits die Gesamtbesteuerung auf demselben Fuße erhalten und andererseits zu Gunsten der Armen eine Besteuerung der Reichen eintreten lassen, wir eigentlich gar nichts erlangen. Wir werden aber nicht nach 30 Friedensjahren mit einer neuen Besteuerung hervortreten wollen, die überall nur Murren und Unwillen erregen würde. Haben wir doch aus denselben Gründen einer neuen Steuer nicht Raum gegeben, die vor nicht langer Zeit in der Form von Beiträgen der Gemeinden zu den Straßenbauten in Antrag gebracht wurde. Auch damals hat man anerkannt, im Princip sei das Straßengeld nicht ungerecht, allein es sei eine Gewohnheitssteuer und eine solche neue Abgabe könne man nicht zugeben. Eben so würde es mit der Kapitalsteuer sein, wenn wir sie ohne gleichzeitige Aufhebung einer andern Steuer in Antrag bringen wollten. Endlich glaube ich, daß die Adresse sich auch über die Größe der Kapitalsteuer selbst aussprechen sollte. Auch über diesen Punkt müssen wir das, was wir für Recht halten, sofort öffentlich sagen, damit wir im Lande

nicht ungegründete Beängstigung und Besorgnisse hervor-  
rufen und neues Mißvergnügen erregen. Wir haben Zünd-  
stoff genug im Lande und es ist nicht nothwendig, durch  
Einführung einer Kapitalsteuer ohne irgend eine nähere  
Bedingung den Zündstoff und die Angst zu vermehren.  
Das Beispiel eines Nachbarstaates (Württemberg) dürfte  
uns hier wohl zur Richtschnur dienen und wir sollten ge-  
radezu aussprechen, daß die Kapitalsteuer nicht mehr als  
6 fr. vom Hundert betragen solle. Warum wollen wir  
das Volk auf das Vertrauen zukünftiger Kammern und  
Regierungen vertrusten? Heute haben wir es in der  
Hand, uns auszusprechen; thun wir es also im ganzen Um-  
fang. Nach allem diesem kann ich mich für den Com-  
missionsantrag nur dann erklären, wenn derselbe die zwei  
Zusätze erhält, daß mit der Einführung der Kapitalsteuer  
gleichzeitig eine andere, besonders für die ärmern Klassen  
drückende Steuer in demselben Antrage aufgehoben wird,  
und daß jene selbst den Antrag von 6 fr. von 100 fl. nicht  
übersteigen solle.

Dörr. Ich bin mit dem Antrage des Abg. Weller voll-  
kommen einverstanden, da auch ich kein Freund von Ein-  
führung neuer Steuern bin, ohne daß eine schon bestehende,  
dieser im Ertrage etwa gleichkommende, aufgehoben werde,  
im Uebrigen verkenne ich die Schwierigkeiten nicht, die mit  
der Einführung einer Kapitalsteuer verbunden sind; ich  
verkenne auch jene nicht, die die gehörige Controlle einer  
derartigen Besteuerung im Gefolge hat. Ich verhehle mir  
auch nicht, daß zuweilen Diejenigen, die Gelder aufzu-  
nehmen in den Fall kommen, neben den Zinsen auch noch  
die den Kapitalisten aufgelegte Steuer mit übernehmen  
müssen. Dies alles schreckt mich aber nicht ab, der Ein-  
führung der Kapitalsteuer das Wort zu reden, denn ich  
halte es für höchst unbillig, ja sogar für eine Härte, daß  
der Fleiß und die Arbeit, ja das kleinste Stückchen Feld  
oder der saure Verdienst des Tagelöhners besteuert werde,  
während der reiche Kapitalist, der im Allgemeinen mehr  
Ansprüche, wie die ärmere Classe der Bewohner an den  
Staat macht, mit seinem Einkommen, das ihm außer dem  
Schreiben einer Quittung oder dem Losschneiden seiner  
Zinscoupons sonst wenig Mühe verursacht, frei ausgehe.  
Ich befürchte deshalb auch keinen höhern Zinsfuß, denn  
im benachbarten Württemberg, wo die Kapitalsteuer schon  
längst eingeführt ist, steht der Zinsfuß niedriger als bei  
uns. Ich befürchte auch nicht, daß die Kapitalisten in's  
Ausland wandern, da die Kapitalisten bei einer mäßigen  
Steuer, und nur eine solche wünsche ich, immerhin vor-  
ziehen werden, ihre Gelder im Inlande anzulegen, wo  
man sich einer eben so schnellen Rechtshülfe und einer gleich

guten Pfandgesetzgebung, wie in den Nachbarstaaten zu er-  
freuen hat. Die Einführung einer Kapitalsteuer beruht  
aber auch auf einer Rechtsgleichheit und wenn ich mir auch  
gerade keine besonders hohen materiellen Vortheile davon  
verspreche, so erblicke ich darin einen hohen geistigen Ge-  
winn, indem der Aermere sich dann nicht mehr allein be-  
steuert sieht. Ich bin daher im Wesentlichen mit dem An-  
trag Ihrer Commission einverstanden, nur darin weiche ich  
von ihr ab, daß ich mit der Einführung einer Kapitalien-  
steuer die gleichbaldige Aufhebung einer andern, ihr im  
Ertrage gleichkommenden Steuer wünsche, denn die Ein-  
führung einer neuen Steuer ohne Aufhebung einer schon  
bestehenden halte ich jetzt weder für rätzlich noch geboten.  
Ich stimme daher für die Einführung einer mäßigen Kapi-  
talsteuer, jedoch nur dann, wenn eine andere dagegen auf-  
gehoben wird. In vorderster Reihe empfehle ich Ihnen  
hiezü die Flußbausteuer, die mir als eine der  
drückendsten und härtesten erscheint und in diesem Sinne  
unterstütze ich den Commissionsantrag.

Bassermann. Meine Herren, jede Zeit erhält ihren  
Charakter dadurch, daß in ihr die Ideen der Menschen  
vorzugsweise einem bestimmten Gegenstande zugewendet  
sind. So sind es in unserer Zeit die gesellschaftlichen, —  
wie man sich ausdrückt — die socialen Zustände der  
ärmeren Volksklasse, der Arbeiter, welche die denkenden  
Menschen beschäftigen. „Wir sind Alle gleich berechtigt zum  
Genuß der Erdengüter. Wir sind Alle Kinder eines  
Vaters!“ so ruft es von unten, wie von oben. Von unten  
bilden sich die sogenannten communistischen Theorien, von  
oben die wohlthätigen Vereine. Hier soll die Wohlthätig-  
keit mildern, dort fordert die Armuth eine gleiche Verthei-  
lung des Eigenthums, ja die Aufhebung des Eigenthums  
selbst. Diese Theorie aber, wohin würde sie anders führen,  
als zur Vernichtung des häuslichen Fleisches, der Sorge  
um die Glieder der Familie! Warum sollte der Haus-  
vater sich noch länger um die Zukunft seiner Kinder be-  
mühen, wozu für sie arbeiten und sorgen, wenn nicht ihnen  
mehr die Frucht seines Fleisches zufällt? Das Eigenthum  
aufheben, heißt die Familie zerstören, und mit dem Fa-  
milienleben würden Gesittung und Cultur zu Grabe gehen.  
Und, wenn man auch heute die Güter dieser Erde theilte,  
wie bald würde nicht eine neue Theilung nöthig werden?  
und so ginge es von Theilung zu Theilung, unser gesell-  
schaftliches Leben wäre nichts, als ein fortgesetzter Raub,  
und statt eine Vervollkommnung unserer Zustände herbei-  
geführt zu haben, wären alle Besserdenkenden in Kurzem  
dahin gebracht, daß sie eine Gewaltherrschaft solcher Frei-  
heit vorzögen. Ja, es ist meine feste Ueberzeugung, daß der

Communismus der ärgste Feind der Freiheit ist. Schon sahen wir auch, wie er von der Partei der Reaction benützt ward und noch benützt wird; schlaun und boshaft stellt sie den Communismus als gleichbedeutend mit Freisinnigkeit, mit Liberalismus hin, weil sie wohl weiß, daß man die Freiheit mit nichts ärger verdächtigen kann, als mit dem, was zum Gegentheil der Freiheit führt. Doch haben die Ideen, welche jetzt die Zeit bewegen, auch eine andere Frucht erzeugt: den Socialismus. Nach ihm soll nicht mehr Jeder vereinzelt arbeiten und die Früchte seiner Arbeit von der Gunst oder Ungunst äußerer Umstände erwarten; es soll nicht der Fleißige dennoch darben, und der Bequeme dennoch schwelgen, sondern es soll Jeder nach Maßgabe seiner Arbeit genießen. Diese Organisation der Arbeit, wie man sich ausdrückt, auf einer schönen Idee ruhend, erzeugt die Uebelstände des Communismus nicht und ist unter jeder Regierungsform möglich, aber so weit mir bekannt, sind die Versuche ihrer Verwirklichung bis jetzt überall gescheitert. Wie so manche schöne Idee, scheint auch diese nur Ideal bleiben zu sollen: Die ewig sich gleich bleibende Natur der menschlichen Eigenschaften steht im Wege. Mag die Idee auch manches einzelne Gute fördern, zur Grundlage neuer gesellschaftlichen Einrichtungen wird der Socialismus, wie ich glaube, nie dienen können. Was aber — wenn nun auch dies nicht ausführbar — was kann und soll geschehen zur Erleichterung der ärmeren Volksklasse? Man soll ihnen die Existenz erleichtern, und wie können wir das? Wenn wir die unentbehrlichsten Lebensmittel nicht besteuern. Allein, wir, die wir das Budget kennen und die großen Anforderungen für öffentliche Arbeiten, die von allen Seiten an dasselbe gemacht werden, können wir hoffen lassen, daß der Weinaccis, der jährlich 300,000 fl., Ohmgeld 300,000 fl., Bieraccis 400,000 fl., Fleischaccis 270,000 fl., Salzgewinn 900,000 fl., Kaufaccis 500,000 fl. einbringt, entbehrt werden könne. Nein, der Staat, soll er nicht stille stehen, kann keine dieser Steuern entbehren, wenn ihm nicht Ersatz geboten wird. Einen solchen Ersatz ausfindig zu machen, ist daher Alles, was wir thun können, und einen andern Ersatz, als die noch unbesteuerten Activkapitalien, aufzufinden wird schwer sein; oder weiß Jemand einen andern Ersatz? Wenn nun auch selbst die Besteuerung dieser Kapitalien uns keine großen Mittel zur Erleichterung der ärmern Volksklasse an die Hand geben wird, ja wenn wir selbst mittelst ihrer nicht einmal eine direkte Steuer völlig, sondern nur theilweise werden abschaffen können, sollen wir aus diesem Grunde lieber gar nichts thun? Ich glaube nicht. Aber, wenn wir etwas thun, wenn wir eine neue Steuer einführen, so

darf dies nur zu dem Zweck geschehen, auf der andern Seite eine eben so große Erleichterung herbeizuführen. Ohne diese Absicht könnte ich nie dafür stimmen. Diese Erleichterung ist der einzige Zweck meines ersten Antrags gewesen, könnte ich den nicht erreichen, ich würde für eine bloße Steuervermehrung nimmermehr stimmen, und weil ich es für wichtig und sogar nothwendig halte, daß das Land unsere Absicht kenne, so stimme ich dem bei, daß die gleichzeitige Aufhebung einer andern Steuer mit in den Beschluß aufgenommen werde.

Helmreich. Ungleich lieber würde ich dem Herrn Motionssteller beigetreten sein, wenn er statt einer Kapitalsteuer, die doch einen geringen Ertrag gewähren wird, da die Kapitale bei ihrer Beweglichkeit und der Möglichkeit, sie leicht zu verbergen, sich ohne Schwierigkeit der Besteuerung entziehen können, den Antrag auf eine Einkommensteuer gestellt hätte, indem nach meiner Ueberzeugung ganz gewiß in nicht sehr ferner Zeit eine erleuchtete Finanzpolitik dahin kommen wird, eine solche einzuführen. Meiner Ueberzeugung nach sollte es auch nur zweierlei Steuern geben und zwar eine indirekte, welche in Form von Zöllen die Industrie schützte, und Zölle auf Colonialwaaren, die, auf Differenzialzölle ausgedehnt, uns in den Stand setzten, mit transatlantischen Staaten vortheilhafte Handelsverträge abzuschließen; ferner die direkte Steuer oder die Besteuerung des reinen Einkommens eines Jeden, welche nicht allein der Gerechtigkeit und Billigkeit entspräche, sondern auch, da sie Jeden nach seinem Vermögen und seiner Betriebsamkeit bezieht, durch gute Einrichtungen des Staates höchst fruchtbringend sein kann und wird. Zu einer Verwandlung der direkten Steuern in eine Einkommenssteuer gehört aber vor Allem der Sinn für Oeffentlichkeit und ein allgemeiner Rechtsinn, welche beide wir leider noch nicht in einem hohen Maße bei uns finden, weil bei uns freie Institutionen und die Betheiligung des Bürgerthums an der Staatsverwaltung fehlen. Ungeachtet dessen sollte man sich aber dennoch jenem Ideal wenigstens zu nähern suchen, und dies wird am besten dadurch geschehen, daß wir mit der Besteuerung des höhern Einkommens beginnen und so allmählig fortschreiten. Unläugbar ist es, daß der Wohlstand unserer Mittelstände bedeutend im Abnehmen begriffen ist, und wir sollten deshalb unsere Hauptkonsumtionsgegenstände, wie z. B. Fleisch, Bier, Wein, Salz zu erleichtern suchen, da die Steuern auf solchen Artikeln in dem Maße, als sie die Konsumtion beschränken, wiederum auf der Landwirthschaft lasten. Hiernach geht mein Antrag dahin, „statt der Kapitalsteuer eine Einkommensteuer in der Art einzuführen, daß nur Derjenige, der ein Einkommen über

2,000 fl. hat, davon getroffen und alle schon bestehenden direkten Steuern von diesem Ertrage abgezogen werden.“ Sollte indessen mein Antrag nicht durchgehen, so werde ich doch für die Einführung einer Kapitalsteuer stimmen, weil ich überzeugt bin, daß es ungerath ist, wenn eine Klasse von Staatsinwohnern, die überdies zu den reichsten gehören, und den Schutz der Gesetze, so wie alle Staats-einrichtungen mitgenießen, von dem Beitrag zu den Staatslasten durchaus frei bleibt.

Reichenbach. Es ist schon früher wie heute für die Einführung einer Kapitalsteuer so viel Wahres und Unwiderlegbares gesagt worden, daß es von mir anmaßend sein dürfte, noch etwas Neues vortragen zu wollen. Ich habe mich auch nicht deshalb erhoben; nein, ich habe mich nur erhoben, um zu bemerken, daß ich für Einführung der Kapitalsteuer nur mit dem Zusatz, welchen der Abg. Weller vorgeschlagen hat, stimme, nämlich, daß mit Einführung einer Kapitalsteuer eine andere Steuer nachgelassen oder aufgehoben werde. Meine Committenten würden mich nicht bewillkommen, wenn ich ihnen eine neue Steuer mit nach Hause brächte, ohne daß gleichzeitig eine andere Steuer aufgehoben würde. Denn sie wollen nach so vielen Friedensjahren keine Steuervermehrung, sondern eine Verminderung.

Mez. Fürchten Sie nicht, daß ich eine Lanze für den Communismus breche. Gleichwohl ist es mir nicht möglich, ganz mit Stillschweigen über dasjenige wegzugehen, was der Abg. Baffermann in dieser Beziehung gesagt hat. Er behauptete, der Communismus sei der größte Feind der Freiheit. Ich glaube nicht, daß dies wahr ist. Man dürfte wohl eher sagen, Communismus sei ein Ausfluß der Freiheit, oder eine Frucht derselben. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß wir einen eigentlichen wahren Communismus nie haben werden, weil wir auch keine eigentliche Freiheit im ausgedehntesten Sinne des Wortes haben können, so lange wir Menschen sind. Den Communismus selbst aber lasse ich deshalb in seinem Prinzip nicht tadeln. Als Ideal steht er mir freilich vor, allein ich verzichte darauf, dasselbe im Leben ganz zu erreichen. Der Abg. Weller hat den Commissionsantrag in der Weise, wie er gefaßt ist, bekämpft. Ich meinerseits bin mit dem Antrag vollkommen einverstanden. Auch ich würde der Einführung einer neuen Steuer das Wort gewiß nicht reden, wenn wir nicht in einem constitutionellen Staate lebten, und nach Ablauf einer jeden Budgetperiode das Budget in allen seinen Theilen zu prüfen hätten. Wenn wir dabei finden, daß die Verminderung einer Steuer möglich ist, so steht es uns jederzeit frei, eine solche in Antrag zu bringen und sie da in's Wert zu setzen, wo sie uns am zweckmäßigsten scheint. Indessen

habe ich schon einige Male über den Gegenstand einer Kapitalsteuer zu der Kammer gesprochen, und will sie heute nicht ermüden, sondern mir nur noch zur Zurückweisung der schon von verschiedenen Mitgliedern erhobenen Einwendung, daß die Abgaben im Allgemeinen bei uns nicht drückend seien, eine einzige Betrachtung erlauben. Bei einem Budget von 16 Millionen, die durch eine Bevölkerung von ein und einer Viertel-Million aufgebracht werden müssen, und bei den Verkehrs- und Geldverhältnissen, wie sie bei uns bestehen, kann man eine solche Behauptung nicht wohl aufstellen. Aber auch selbst wenn man zugeben wollte, daß diese Summe nicht gerade erdrückend sei, so kann doch daraus nicht folgen, daß, falls die Vertheilung eine ungleiche ist, nicht wenigstens einzelne Klassen durch sie gedrückt werden. Daß nun aber die Steuervertheilung im Lande eine gleiche sei, hat noch Niemand behauptet. Es ist im Gegentheil vielseitig, ja fast allseitig anerkannt worden, daß die niederen Stände verhältnißmäßig zu viel und die höheren zu wenig tragen; und in dieser ungleichen Vertheilung liegt meines Erachtens mehr als in der summarischen Größe unserer Steuern das Drückende derselben. Dieser Umstand scheint mir nicht so unwichtig zu sein, als er vielleicht von Manchen gehalten wird. Er erscheint mir vielmehr außerordentlich wichtig, denn ich sehe in der ungleichen Vertheilung der Steuern eines der Hauptmittel, das Uebel unserer Tage, die ungleiche Vertheilung des Vermögens, auch uns immer näher zu bringen. In der gerechten Vertheilung der Staatslasten hat der Staat meines Erachtens ein sehr kräftiges Mittel in Händen, diesem Uebel, dem Ueberhandnehmen des Proletariats und der Anhäufung eines zu großen Reichthums in den Händen Einzelner vorzubeugen. Ich sollte deshalb meinen, daß der Staat von einem solchen Mittel den kräftigsten Gebrauch zu machen hätte und glaube, daß es die Pflicht eines jeden Abgeordneten ist, so weit es in seinen Kräften steht, die Regierung auf diejenige Bahn zu lenken, die er für die heilsame hält. Darum habe ich mich, als die Motion begründet wurde, erklärt, ich werde, falls ich in einer nächsten Kammer wieder Platz nehmen sollte, keinem Budget mehr meine Zustimmung geben, worin uns nicht eine Kopfsteuer von der Regierung vorgeschlagen wird. Allerdings ist eine solche nur als eine Abschlagszahlung an der Forderung zu betrachten, die wir dahin zu stellen haben, daß im Interesse der Gerechtigkeit eine Besteuerung des ganzen Vermögens eingeführt werde. Ich begnüge mich nicht einmal mit dem Antrag des Abg. Helmreich, welcher eine Einkommensteuer haben will, indem ich, mit anderen Worten, nicht will, daß immer nur der Fleiß, der sich

jenen Einkommen verschafft, besteuert werde. Auch die Trägheit, welche ein Vermögen besitzt und keinen Gebrauch im Interesse der Gesamtheit davon macht, soll zu den Lasten des Staats beitragen; — kurz, es soll das Vermögen der Maßstab sein, wonach die Leistungen berechnet werden, die Jeder an den Staat zu machen hat.

Blankenborn. Ich unterstütze den Antrag des Abg. Weller. Für Einführung einer Kapitalsteuer genügen mir zwei einfache Gründe; einmal der, daß die öffentliche Meinung eine solche verlangt, und der weitere Grund, daß ich es zu hart finde, wenn der arme Tagelöhner ein Kapital von 500 fl. versteuern soll, während der reiche Kapitalist frei ausgeht. Ich habe auch die Besorgniß nicht, daß die Kapitalisten die Steuer auf den Schuldnern überwälzen werden; denn ich traue wenigstens der Mehrheit der Kapitalisten in unserem Lande so viel Redlichkeit und Ehrgefühl zu, daß sie die Abgabe selbst bezahlen werden. Aus eben diesen Gründen halte ich auch den Vorwurf der Härtherzigkeit, der von 241 Bürgern der Stadt Mosbach einer ganzen Klasse gemacht worden ist und dessen auch im Commissionsbericht (unter Nr. 6) erwähnt wird — für ungerecht und glaube, daß er zurückgewiesen werden sollte.

Helbing. Ich kann mich Denjenigen nicht anschließen, welche die Einführung einer Kapitalsteuer an die Aufhebung irgend einer bestehenden Abgabe knüpfen. Von ganzem Herzen wünsche ich, daß es möglich werde, durch die neue Steuer eine alte aufzuheben, besonders eine, welche die Armuth drückt. Erlauben aber die Ausgaben des Staates solches nicht, so sehe ich darnach keinen Grund, Diejenigen noch länger von dem Beitrage zu den allgemeinen Staatslasten frei zu lassen, die bis jetzt noch gar nichts dazu geleistet haben. Die Einführung einer Kapitalsteuer ist vor Allem ein Act der Gerechtigkeit, gegenüber Denjenigen, die bis jetzt die Lasten allein getragen haben. Können wir mit ihrem Ertrag keine andere Steuer überflüssig machen, so kann er doch zur Verbesserung unserer Institutionen verwendet werden, wozu es immer an Mitteln fehlt. Ich unterstütze den Commissionsantrag.

Kern. In den beiden Motionen der Abg. Baffermann und Jungmanns, so wie in den beiden Berichten des Abg. Mathy sind alle für eine Capitalsteuer sprechenden Gründe vollständig und mit vielem Scharfsinn zusammengestellt, und Niemand wird wohl in diesem Saale sein, der nicht die Wichtigkeit derselben anerkennt. Ich will auch nicht läugnen, daß mir eine Lücke darin zu liegen scheint, daß bei einem Steuersystem, das lediglich auf das Einkommen gegründet ist, doch die Kapitalzinsen nicht unter dem steuer-

baren Objecte zu finden sind. Wenn deshalb davon die Rede wäre, eine Hauptreform in den Steuergesetzen vorzunehmen, oder nach dem Verlangen von zwei Mitgliedern eine Vermögenssteuer oder eine Steuer auf das Gesamteinkommen ohne Ausnahme vorzunehmen, dann wäre freilich besser geholfen, als durch gegenwärtigen Vorschlag. Ich zweifle aber für's Erste an der Ausführbarkeit. Dagegen erkenne ich gerne an, daß, wenn wirklich ein Deficit sich zeigen, wenn die Staatscasse nicht mehr für ihre Bedürfnisse vollkommen gedeckt sein sollte and deshalb von dem Finanzministerium das Verlangen einer Vergrößerung des Steuereinkommens gestellt werden müßte, diese Vermehrung nicht durch eine Erhöhung der Grund-, Häuser-, Gewerbe-, und Klassensteuer, sondern durch die gerechte Maßregel einer Besteuerung der Kapitalien zu verwirklichen sein würde. Von allen diesen Voraussetzungen handelt es sich gegenwärtig aber nicht. Es ist nicht die Rede von einer gänzlichen Umgestaltung des Steuersystems und nicht die Rede von einem vorliegenden Deficit, ja es wird sogar von derselben Behörde, in deren Ressort die Sache einschlagen würde, nicht einmal behauptet, daß eine neue Steuer nothwendig sei. So wenig ich also eine Scheu hätte oder ein Bedenken tragen würde, im Fall einer Noth oder eines Deficit eine neue Steuer in Vorschlag zu bringen, so wenig kann ich es andererseits mit meinen Pflichten als Abgeordneter vereinigen, selbst ohne irgend eine äußere Veranlassung neue Steuern zu schaffen. Bedenken Sie selbst, ob es unserer Stellung in dieser Kammer angemessen ist, neue Steuern ohne irgend einen Andrang in's Leben zu rufen, und ob wir darum hier versammelt sind, um dem Volke keine Erleichterungen, vielmehr neue Lasten und Steuern als Geschenk mit nach Hause zu bringen. Ich kann demnach der Einführung einer Kapitalsteuer, von der ich mir ohnehin keinen großen Erfolg verspreche, nicht unbedingt das Wort reden, sondern nur dann damit einverstanden sein, wenn die von dem Abg. Weller vorgeschlagene Bedingung beigefügt würde.

Duß verbreitet sich zunächst über die beiden Steuersysteme, das objective, welches gewisse Gegenstände einzeln besteuert, und das subjective, welches die Personen trifft. Die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in unserm Steuersystem erklären sich aus der mächtigen Aenderung der ökonomischen Verhältnisse, lassen übrigens darauf schließen, daß die Zeit der Reform gekommen sei. Allein der gegenwärtige Umschwung der commerciellen und industriellen Verhältnisse macht es nicht rathsam, jetzt eine durchgreifende Reform vorzunehmen, weil sie sich vielleicht bald wieder als ungenügend erweisen würde. Dagegen ist eine

theilweise Verbesserung, wie die Einführung einer Zinsrentensteuer angemessen. Neben fast fabelhaftem Vermögen entsteht eine Massenarmuth, welche eine ungeheure Thätigkeit der erleuchtetsten Staatsmänner in Europa dahin richtet, einen allgemeinen Plan der Armenpflege durchzuführen. Daran sollte auch unsere Regierung denken, denn ähnliche Verhältnisse, wenn auch nicht so schreiend, sind dennoch bei uns wahrzunehmen. Die Kapitalsteuer ist als eine indirecte Ergänzung eines solchen Armenpflegeplanes anzusehen. Der Redner führt aus, wie die massenhafte Anhäufung von Kapitalien in den Händen Weniger der Existenz der kleinen Landbauern, Kaufleute und Handwerker, überhaupt dem goldenen Boden des Handwerks gänzlichen Untergang bereite und einen Geldfeudalismus herbeizuführen drohe, weit gefährlicher als der mittelalterliche Feudalismus. Zur Durchführung jenes Armenpflegeplanes gehören übrigens umfassende statistische Materialien, deren Mangel der Redner beklagt, und welchem die Staatsregierung abhelfen sollte. Ohne ins Einzelne eingehen zu wollen, meint der Redner, die zur Pflege der Armuth gegründeten Stiftungen und jene Kapitalien, die von der untern Schichte des Mittelstandes, also mit Mühe und Schweiß erworben wurden, sollten niederer in der Steuer angelegt werden, als die massenhaften Kapitalien und bei diesen eine steigende Scala eingeführt werden. Im Allgemeinen stimmt er für den Antrag des Abg. Weller.

Jörgen theilt ganz die Ansicht des Abg. Weller; er will keine neue Steuer ohne Aufhebung einer alten, und wenn auch eine solche vielleicht nicht ganz verschwinden könne, so sollte eine für die arme Klasse sehr drückende wenigstens zum Theil abgeschafft werden. Zu hoch will er die neue Steuer auch nicht gegriffen sehen, weil sonst leicht die Steuerlast auf den Schuldner zurückfalle.

Hecker. Das Flüßchen der Kapitalsteuer scheint sich so weit über seine Ufer ausgedehnt zu haben, daß ich ans Land steigen und auf das Wort verzichten will; meine subjective Ansicht über die Kapitalsteuer geht objectiv dahin, daß ich den Antrag auf Einführung derselben unterstütze.

Zittel. Ich kann dem Antrag des Abg. Weller nicht zustimmen und frage Sie, ob Sie wirklich glauben, daß eine alte Steuer aufgehoben werden könne, und ob Sie nicht die Ueberzeugung haben, daß mit dieser Bedingung überhaupt der Antrag fallen werde. (Viele Stimmen: Nein!) Was wird denn auch überhaupt hier der ärmeren Klasse viel zu gut kommen? Ihr ist nicht dadurch geholfen, daß man ihr etwa ein paar Kreuzer Steuer nachläßt. Treten Sie in die Hütten der Armuth, so werden Sie sich überzeugen, daß auf eine ganz andere tiefer greifende

Weise geholfen werden muß. Es werden von dieser Seite mehr und mehr Anforderungen an die Kammer kommen. Ich bin zwar kein Communist und bedauere, daß dieses Wort überhaupt in der Kammer gebraucht wurde, denn mir erscheint der Communismus als ein jämmerlicher Auswuchs des Christenthums. Er ist, betrachten Sie ihn, wie Sie wollen, ein Ferkel, und der Abg. Mez, der dieses Wort in Schutz genommen, hat einen Wechselbalg hereingebracht. Das ist kein Communismus, was er darunter versteht. — Wir haben unsere Steuern, wie sie jetzt bestehen, alle verwendet. Man hat für das Militär ungeheure Summen gebraucht und darf kaum hoffen, daß künftig weniger gebraucht werde. Die Industrie kommt mit ihren Ansprüchen. (Buhl. Sie trägt ein.) Man hat Eisenbahnen errichtet, welche fort und fort nur Ausgaben erheischen; nach und nach wird auch die Armuth kommen und für sich Etwas in Anspruch nehmen. Die Leute dieser Klasse müssen ganz herausgerissen werden aus dem Zustand, in welchem sie versunken sind, in welchem sie immer mehr versinken werden, je mehr das äußerliche Leben einen gewissen Glanz annimmt. Dazu braucht man Geld, und an diesem fehlt es, so oft man mit dem Antrag kommt, die durch Armuth gänzlich entfittlichten und verwahrlosten Menschen geistig, sittlich und materiell zu heben; — das Verlangen wird zurückgewiesen, weil andere Dinge Denjenigen, die darüber zu beschließen haben, näher liegen: die Interessen des Verkehrs, die Industrie, die Besoldungen der Staatsdiener ic. Es ist wahrlich Zeit, daß wir unsere Aufmerksamkeit mehr und mehr auf diesen Punkt richten. Es wird noch Gelegenheit geben, auf diesem Landtag darüber zu sprechen, und wenn nicht dieser, so doch gewiß der nächste Landtag, wird dershällige Anträge bringen. Wir wollen darum eine Steuer, damit wir Geld haben, um zu helfen und ich will im Interesse der Armuth, um durchgreifend helfen zu können, nicht, daß eine andere Steuer aufgehoben werde.

(Fortsetzung folgt.)

#### Berichtigung.

In der gestrigen Nummer (69) S. 276, Z. 4 von unten ist aus Versehen folgender Satz weggeblieben:

Der Antrag auf eine Einkommenssteuer, so wie die Zusätze des Abg. Weller wurden verworfen und der Kommissionsantrag, einfach um Vorlage eines Gesetzes über die Einführung einer Kapitalsteuer zu bitten, mit großer Mehrheit angenommen.